



Niederschrift

**über die Sitzung
des Psychatriebeirates
am 30.11.2011**

Anwesend

- Vorsitz

Marg, Niels Dr.

- 2. stellvertretende/r Vorsitzende/r

Müller, Kay-Maria Dr.

- Mitglieder

Berg, Gundolf Dr.

Braner, Hiltrud

Jaensch, Ruth

Koch, Holger

Lensch, Eckart Dr.

Meierjohann, Claudia

Waubert de Puiseau, Rosemi

Rohrer, Gisela

Bierbrauer, Jürgen Dr.

Grötsch, Klaus-Dieter

Delmo, Cynthia Dr.

Pflüger-Reifenberger, Elisabeth

Schilling, Bernhard

Philipp, Kurt

Göbig-Fricke, Gabi

- Stellvertretung

Stephan, Gabriele Vertretung für Frau Birgit Heinrich

Gather, Wolfgang Dr. Vertretung für Herrn Dr. Wolfgang Guth

Rikl, Martina Vertretung für Frau Claudia Meierjohann

- beratende Mitglieder

Ehses, Hans Peter

- Schriftführung

Odenwald, Jessica

Entschuldigt fehlen

- 1. stellvertretende/r Vorsitzende/r

Zindorf, Hans-Wilfried

- Mitglieder

Moerchel, Christian Dr.
Erlhof, Claudia Dr.
Davis, Viktoria
Faber, Matthias
Meyer, Wiltrud Dr.
Voßkühler, Karl
Boos-Waidosch, Marita
Trapp-Heinz, Henrike
Krämer, Doris
Steitz, Georg
Diezinger, Martina
Guth, Wolfgang Dr.
Heinrich, Birgit
Diefenbach, Kerstin
Lieb, Klaus Prof. Dr.
Huss, Michael Prof. Dr. med. Dipl.-Psych.
Zindorf, Monika
Metzger, Hannelore

- beratende Mitglieder

Merkator, Kurt
Ebner, Gabriele
Kuschnereit, Julia Dr.

Gäste

Herr Zawadzki
Dr. Andreas Konrad
Astrid Möllenkamp

Tagesordnung

a) nicht öffentlich

1. Entscheidung über die öffentliche Verhandlung der Punkte 2-6

b) öffentlich

2. Informationen aus dem GPV Mainz
3. Vorstellung Psychosenfrüherkennungs-Ambulanz
4. Informationen zu psychosozialen Leistungen nach § 16a SGB II
5. Mitteilungen der Koordinierungsstelle für gemeindenaher Psychiatrie
6. Verschiedenes

Der Vorsitzende eröffnet um 16.00 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht geltend gemacht.

Sodann erfolgt der Eintritt in die Tagesordnung.

öffentlich

Punkt 2

Informationen aus dem GPV Mainz:

- Arbeitsergebnisse der AG Offene Angebote

- Auswertung des Besuchs der BAG GPV

a) Arbeitsergebnisse der AG Offene Angebote

Frau Möllenkamp, Mitarbeiterin der Gesellschaft für Paritätische Sozialarbeit und Mitglied der Arbeitsgruppe „Offene Angebote“ des Gemeindepsychiatrischen Verbunds Mainz (GPV), stellt gemeinsam mit Frau Odenwald die Ergebnisse der AG vor.

Das Ergebnispapier ist zusammen mit dem aktuellen Flyer „Offene Angebote“ dem Protokoll als Anlage 1 und Anlage 1a beigelegt. Dem Flyer können alle langfristigen Angebote entnommen werden. Dieser wird nicht als gedruckte Auflage erscheinen, sondern ist zusammen mit dem Stadtplan in aktueller Version auf der Homepage www.gpv-mainz.de abrufbar.

Ergänzend zu den Unterlagen ist festzuhalten, dass offene Freizeitangebote für psychisch erkrankte Menschen nicht grundsätzlich zu den Regelangeboten der Leistungsanbieter gehören, sich aber auf Grund ihrer Niedrigschwelligkeit besonders dazu eignen, gemeindenahen Hilfen und direkte Unterstützung zu geben. Sie stärken das Wir-Gefühl, fördern die Eigeninitiative und geben durch ihre professionelle Begleitung einen gewissen Rückhalt, der insbesondere von Menschen genutzt werden kann, die nicht im weiteren psychiatrischen System eingebunden sind. In diesem Sinn ist es dem GPV ein Anliegen, diese Angebote vorzuhalten, auch wenn ihre Finanzierung nur zu einem ganz geringen Teil abgedeckt ist. Alternative Finanzierungsmöglichkeiten werden in Zukunft gesucht werden.

b) Auswertung des Besuchs der Bundesarbeitsgemeinschaft Gemeindepsychiatrischer Verbände (BAG GPV)

Wie im Vorfeld bereits berichtet, hat sich der GPV Mainz im Oktober 2010 von der Besuchsgruppe der BAG GPV zwei Tage besuchen lassen. Dieser Besuch diente zur Überprüfung der Qualität des Gemeindepsychiatrischen Verbunds. Die Besuchsgruppe bestand aus sechs Vorstandsmitgliedern der Bundesarbeitsgemeinschaft der Gemeindepsychiatrischen Verbände.

Nachdem dem GPV Mainz der Abschlussbericht der BAG GPV mit der Bewertung der Verbundstrukturen und unterschiedlichen Anregungen zur Verbesserung der Qualitätsstandards vorlag, wurde dieser in mehreren Sitzungen ausführlich besprochen und entsprechende Maßnahmen beschlossen.

Frau Odenwald stellt einige Aspekte anhand der folgenden Übersicht dar:

Strukturelle Ebene

Empfehlungen	Reaktionen / Maßnahmen
Gesundheitsberichtserstattung, strukturierte Angebotsentwicklung stärken	Psychiatriebericht und spezielle Erhebungen im GPV
Qualitätsentwicklung: z.B. Standards und Strukturen präzisieren und transparenter gestalten, Rolle der Koordinierenden Bezugsperson stärken, Transparenz über Zugangswege und Abläufe herstellen	Bessere Information über das System für Kollegen und Betroffene => AG Qualität, GPV Handbuch, Infoveranstaltungen
Stärkung der Bedeutung des Teilhabepfandes und transparentere Vorbereitung der Teilhabekonferenz	Übergreifende Fortbildungen angedacht, Aufbereitung von Vorabinformationen

Angebotsebene

Empfehlungen	Reaktionen / Maßnahmen
Offene Angebote für psychisch erkrankte Menschen entwickeln, erhalten, bündeln und bekannt machen	Erkenntnisse des dialogischen Workshops nutzen => AG Offene Angebote, grundsätzliche Festlegungen, Flyer-Entwicklung
Thematisierung des Bereichs Arbeit	Bessere Verankerung im GPV, Zuverdienstmöglichkeiten in den Blick nehmen

Kooperationen

Empfehlungen	Reaktionen / Maßnahmen
Jugendhilfe	Strukturelle Einbindung der Schnittstelle zur Eingliederungshilfe prüfen

GPV-interne Entwicklungen

Empfehlungen	Reaktionen / Maßnahmen
Organisationsfähigkeit der Psychiatrieerfahrenen stärken	Unterstützung durch Fachkraft und weiterer konsequenter Einbezug in Gremien
Stellung der Angehörigen insbesondere in klinischem Ablauf festigen	Deutliche Hinweise auf externe Angehörigen-gruppe, Installation interner Gruppen auf drei Stationen in Planung, Benennung einer Mitarbeiterin des Sozialdienstes zum Monitoring
Abgestimmte Aufnahme- und Entlassprozeduren mit der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie, gegenseitigen Informationsfluss verbessern, Behandlungsvereinbarungen in Betracht ziehen	AG Übergangsmangement => Kooperationsgespräche, Entwicklung eines regelhaften Forums soll geprüft, übergreifende Fortbildungen sind angedacht, Umsetzung von Behandlungsvereinbarungen prüfen

Punkt 3 **Vorstellung der Psychosenfrüherkennungs-Ambulanz der Klinik für
Psychiatrie und Psychotherapie der Universitätsmedizin Mainz und die
Rheinhausen-Fachklinik Alzey**
- Dr. Andreas Konrad, Universitätsmedizin Mainz -

Herr Dr. Konrad, Oberarzt an der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie der Universitätsmedizin Mainz stellt mit einem Vortrag die Psychose-Früherkennungsambulanz Rheinhausen vor. Die Ambulanz richtet sich an Menschen ab 14 Jahre und ist seit Mai 2011 in Betrieb. Der Vortrag ist als Anlage 2 diesem Protokoll beigelegt.

Herr Dr. Konrad erklärt darüber hinaus, dass die Wartezeiten für Interessenten überschaubar seien und die Möglichkeit der Kontaktaufnahme per Internet oder Anrufbeantworter gut ankommen würden.

Die Einrichtung der Ambulanz wird von den Mitgliedern des Psychiatriebeirats begrüßt.

Die Gelegenheit zu Rückfragen im Anschluss an den Vortrag wird rege genutzt.

So fragt Herr Dr. Berg nach, ob die unklar gehaltenen Symptombeschwerden nicht zu etlichen Falschvorstellungen führen würden. Herr Dr. Konrad entgegnet, dass diese bewusst nicht trennscharf formuliert worden sind, um keine Betroffenen zu übersehen. Der Besuch der Ambulanz könne darüber auch von Ärzten angefragt werden, wenn die Diagnose auf eine Psychose nicht eindeutig zu stellen sind.

Finanziert wird die Ambulanz derzeit über die Hochschulambulanz der Poliklinik.

Auf die geäußerte Befürchtung hin, die Früherkennungsambulanz könnte eine Psychiatrisierung bewirken, erklärt Herr Dr. Konrad, dass hier bewusst keine Diagnosen gestellt werden sollen, sondern der Fokus auf der Prodromalphase liegt, um eine Verstärkung von Symptomen zu vermeiden. Dies soll durch Stressreduktion, Aufklärung über Risikofaktoren sowie Psychoedukation und nur im gerechtfertigten Ausnahmefall durch Minimalmedikation erreicht werden.

Die Ambulanz soll eine dauerhafte Einrichtung werden. Die Kapazität ist begrenzt, aber noch nicht ausgereizt. Derzeit wird ungefähr ein Besucher pro Woche gesehen, davon befinden sich ca. 20 % tatsächlich im Prodromalstadium einer Psychose, die restlichen 80% hätten andere psychische Beeinträchtigungen.

Der Nachfrage, ob es Kooperationen mit der Universität gebe, da Studenten eine besondere Zielgruppe darstellten, entgegnet Herr Dr. Konrad, dass es in Einzelfällen bereits Kontakte zur psychologischen Beratungsstelle gegeben habe, aber keine spezielle Kooperation angestrebt werde.

Punkt 4 **Information zu psychosozialen Leistungen nach § 16a SGB II, Maßnahme "Sozial-integrative Leistungen" im Auftrag des Jobcenters für
Arbeitsmarktintegration Mainz**

Herr Zawadzki, Fallmanager des Job Centers, informiert den Psychiatriebeirat zu Psychosozialen Leistungen nach § 16a SGB II.

Der Gesetzestext im Wortlaut:

Kommunale Eingliederungsleistungen.

Zur Verwirklichung einer ganzheitlichen und umfassenden Betreuung und Unterstützung bei der Eingliederung in Arbeit können die folgenden Leistungen, die für die Eingliederung der oder des erwerbsfähigen Leistungsberechtigten in das Erwerbsleben erforderlich sind, erbracht werden:

- 1. die Betreuung minderjähriger oder behinderter Kinder oder die häusliche Pflege von Angehörigen,*
- 2. die Schuldnerberatung,*
- 3. die psychosoziale Betreuung,*
- 4. die Suchtberatung.*

Grundlage ist ein Vertrag der Stadt Mainz mit dem JobCenter über diese Leistungen.

Sichergestellt werden diese durch die Maßnahme „SIL - Sozialintegrative Leistungen“, die nach erfolgter öffentlicher Ausschreibung seit 15. Oktober 2011 durch die Bietergemeinschaft von gpe und Caritasverband erbracht wird und die Lücke zwischen Fallmanagement und Psychosozialer Betreuung nach SGB XII schließt. Das Kurzkonzept liegt diesem Protokoll als Anlage 3 bei.

Es geht dabei um arbeitsfähige Menschen im Leistungsbezug, deren Vermittlungsfähigkeit auf Grund ungeklärter Problemlagen verschlechtert ist bzw. die sich schwer tun, Hilfen anzunehmen und die dadurch dem Vermittler auffallen, z.B. Menschen, die wiederholt in Mittellosigkeit geraten sind, obwohl bereits Darlehen gewährt wurden oder Menschen, die jegliche Termine unentschuldig verstreichen lassen.

Ziel ist es, durch SIL individuelle Belastungsfaktoren zu erkennen und Empfehlungen für weitergehende Hilfen auszuarbeiten. Die betreffende Zielgruppe gibt es schon immer, sie wurde bisher allerdings unspezifisch an unterschiedliche Beratungsstellen oder Anbieter weitergeleitet, ist dort jedoch u.U. nicht angekommen oder war falsch platziert, weil die Ausgangslage unklar war. Dieser Prozess soll nun durch SIL verbessert werden.

Der Ablauf stellt sich so dar, dass ein Vermittler den Fallmanager einschaltet, dieser stellt die Unterstützungsmöglichkeiten durch SIL in einem gemeinsamen Termin vor und wenn diese Hilfe erwünscht ist, dann wird durch einen der beiden Träger eine ausführliche Anamnese erstellt und die Zielfindung beginnt. SIL wird durch Sozialarbeiter, Sozialpädagogen, Ergotherapeuten und Psychologen durchgeführt. Die Grundfrage ist hierbei immer, ob eine berufliche Eingliederung überhaupt möglich erscheint.

Die zeitliche Obergrenze liegt bei 30 Stunden pro Person. Derzeit ist die Maßnahme auf ein Jahr befristet, das seitens der Kommune bereitgestellte Geld reicht für ca. 80 KlientInnen.

Nach sechs Monaten wird das JobCenter eine Auswertung der Maßnahme vornehmen.

Kernpunkt sei es, die Zielgruppe zu motivieren, ein neues Angebot anzunehmen. Wird dies jedoch abgelehnt, werden keine Sanktionen ausgesprochen. Mit den betroffenen Menschen wird aber eine Vereinbarung geschlossen, wenn sie sich für SIL entscheiden. Im Zeitraum der Maßnahme wird auf Arbeitseingliederungsversuche verzichtet. Der medizinische Dienst wird nicht regelhaft eingeschaltet, damit die Hürde einer Diagnose nicht im Vordergrund steht.

Das Angebot soll vor allem niedrigschwellig sein und es geht hierbei ausdrücklich nicht vorrangig um psychisch erkrankte Menschen, wenngleich sich im Verlauf der Maßnahme diese Problemlage herausstellen kann.

In der folgenden Diskussion wurde darauf hingewiesen, dass Menschen in einem Arbeits- oder Ausbildungsverhältnis nicht durch SIL begleitet werden können. Passende Unterstützungsleistungen hält hierfür der Integrationsfachdienst Begleitung vor.

Punkt 5 **Mitteilungen der Koordinierungsstelle für gemeindenaher Psychiatrie:**
- Rückschau auf die Aktionswoche der Seelischen Gesundheit
- Verfahren der Besuche der Besuchskommission in der Klinik und Poliklinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie und -psychotherapie der Rheinhesen Fachklinik Mainz

a) Rückschau auf die Aktionswoche der Seelischen Gesundheit

Frau Odenwald berichtet, dass die erste Aktionswoche der Seelischen Gesundheit im Oktober 2011 mit rund 1000 Besuchern sehr gut angenommen wurde. Eine Auswertung der Aktionswoche wird Anfang 2012 mit Hilfe der ausgelegten Fragebögen vorgenommen werden. Eine knappe Dokumentation ist in Planung. Der Psychiatriebeirat wird über die Ergebnisse informiert werden.

b) Verfahren der Besuche der Besuchskommission in der Klinik und Poliklinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie und -psychotherapie der Rheinhesen Fachklinik Mainz

Seitens des zuständigen Dezernates wurde zur Begehung der Klinik und Poliklinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie und -psychotherapie der Rheinhesen Fachklinik Mainz mit dem Stand 27.10.2011 folgende Verfahrensabsprache getroffen:

Die Klinik und Poliklinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie und -psychotherapie der Rheinhesen-Fachklinik Mainz übernimmt ab 01.01.2012 die Versorgungsverpflichtung für psychisch erkrankte Kinder und Jugendliche der Stadt Mainz. Die Klinik hält einen Time-Out-Raum auf der Kinderstation und eine fakultativ geschlossene Jugendlichenstation vor. Somit liegen die Voraussetzungen für Unterbringungen und unterbringungsähnliche Maßnahmen nach dem rheinland-pfälzischen Landesgesetz für psychisch kranke Personen (PsychKG) vor.

Das PsychKG sieht in § 29 die Besichtigung von solchen Einrichtungen vor, um die Wahrung der Rechte von untergebrachten Personen zu überprüfen. Diese wird durch Besuchskommissionen durchgeführt. Die Landeshauptstadt Mainz hat eine solche Besuchskommission berufen. Zusammengesetzt ist diese entsprechend der Empfehlungen aus einer Ärztin für Psychiatrie, einer RichterIn, einer Vertreterin der Angehörigen psychisch erkrankter Menschen, einer psychiatriee erfahrenen Person und einem Mitglied des Psychiatriebeirats zusammen. Die Koordinierungsstelle für gemeindenaher Psychiatrie führt die Geschäfte der Besuchskommission.

Die Unterbringung von Kindern und Jugendlichen nach den Bestimmungen des PsychKG sind nach fachlicher Einschätzung und Erfahrungswerten äußerst selten. Eine regelhafte Begehung, wie dies in der Erwachsenenversorgung der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie der Universitätsmedizin Mainz durchgeführt wird, scheint daher nicht angebracht. Die Landeshauptstadt Mainz legt für die Überprüfung der neuen Klinik und Poliklinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie und -psychotherapie das folgende Verfahren fest:

Die Besuchskommission wird in der ersten Jahreshälfte 2012 die Rheinhesen-Fachklinik Mainz ausführlich besichtigen, um die räumlichen Gegebenheiten vor Ort zu überprüfen und in einem Bericht zu beurteilen. Die Klinik wird Unterbringungen und unterbringungsähn-

lich Maßnahmen dokumentieren und diese Dokumentation jeweils zum 1. Dezember eines Jahres an die Besuchskommission übergeben. Nach Prüfung der Dokumentation wird die Besuchskommission ggf. erforderliche Begehungen vor Ort durchführen oder andere angemessene Schritte einleiten.

Dieses Verfahren kann auf Grundlage der gewonnenen Erkenntnisse jederzeit seitens der Landeshauptstadt überarbeitet werden. Einem regelhaften Besuch der Einrichtung steht dieses Verfahren nicht entgegen.

Die Mitglieder des Psychiatriebeirats stimmen dem Verfahren zur Besichtigung der Klinik und Poliklinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie und –psychotherapie der Rheinessen-Fachklinik Mainz durch die Mainzer Besuchskommission zu.

Punkt 6 Verschiedenes

Termine:

In 2012 findet der Psychiatriebeirat

- am 25.04.2012 um 16.30 Uhr im Rathaus und
- am 14.11.2012 um 16.30 Uhr im Stadthaus statt.

Ende der Sitzung: 18:00 Uhr

gez.
Dr. Niels Marg

.....

Vorsitz

gez.
Jessica Odenwald

.....

Schrifführung